

Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung¹ bei der zentralen Online-Datenbank der gemeinnützigen Einrichtungen in NRW

Sie bzw. die von Ihnen vertretene Einrichtung haben sich mit Ihrem Antrag auf Registrierung für die Online-Datenbank an den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf - Zentralstelle gemeinnützige Einrichtungen - gewendet. Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir aufgrund Ihres Antrages sowie im Weiteren erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Mit der Auswahl der entsprechenden Checkbox in dem Online-Antragsformular sowie Ihrer nachfolgenden Unterschrift in dem gedruckten Antragsformular stimmen Sie zu, dass die Justiz des Landes Nordrhein Westfalen die von Ihnen übermittelten personenbezogenen bzw. die von Ihnen vertretene gemeinnützige Einrichtung betreffenden Daten zu den nachstehenden Zwecken erheben, verarbeiten und nutzen darf. Diese Einwilligung kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Inhaltsverzeichnis

1.	Wer sind Ihre Ansprechpartner?	1
2.	Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?	2
3.	Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?	2
4.	Wie verarbeiten wir diese Daten?	2
5.	Unter welchen Voraussetzungen können wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?	3
6.	Wie lange speichern wir Ihre Daten?	3
7.	Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?	3

1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Verantwortlich für die Verarbeitung der bei Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten ist der Generalstaatsanwalt in Düsseldorf.

Sie erreichen uns wie folgt:

Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf
Sternwartstraße 31
40223 Düsseldorf

Tel.: 0211 9016-206
Fax: 0211 9016-200

E-Mail: geldauflagen@gsta-duesseldorf.nrw.de

¹ [Verordnung \(EU\) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG](#)

Darüber hinaus können Sie sich zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und mit der Wahrnehmung Ihrer diesbezüglichen Rechte gemäß der Datenschutz-Grundverordnung in Zusammenhang stehenden Fragen an unsere/n **Datenschutzbeauftragte/n** wenden. Sie erreichen den/die Datenschutzbeauftragte/n unter: Datenschutz@gsta-duesseldorf.nrw.de. Der/die Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig. Er/Sie ist nicht befugt, Ihnen inhaltliche Auskunft über die Bearbeitung Ihres Anliegens zu geben oder Rechtsberatung zu erteilen.

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, zum Beispiel Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer; soweit die von Ihnen vertretene Einrichtung betroffen ist, verarbeiten wir insbesondere deren Namen / Bezeichnung, Anschrift, E-Mail- und ggfs. Web-Adresse(n), Vor- und Nachnamen der vertretungsberechtigten Personen / Ansprechpartner, Bankverbindung (IBAN, BIC, Name und ggfs. Sitz des kontoführenden Instituts, ggfs. Vor- und Nachname des / der Kontoinhabers/-inhaberin), Satzung, Bescheide des zuständigen Finanzamts über die Freistellung von der Körperschafts- und Gewerbesteuer, Name und Anschrift des für die Einrichtung zuständigen Finanzamts und Steuernummer der Einrichtung, in der Online-Datenbank für die Einrichtung gelistete Kategorie sowie Sichtbarkeit der Einrichtung für den jeweiligen Landgerichtsbezirk (bzw. auf Wunsch auch überregional).
- für die Bearbeitung Ihres Antrags erforderliche weitere Informationen, insbesondere eine stichwortartige Beschreibung Ihres Anliegens.

3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zu dem Zweck der Bearbeitung Ihres Antrags sowie der Aufnahme und Führung der von Ihnen vertretenen Einrichtung in der zentralen Online-Datenbank der gemeinnützigen Einrichtungen in NRW. Die Speicherung dient darüber hinaus dem Zweck, eventuelle weitere Eingaben und Anträge, insbesondere auch die von Ihnen erforderlichenfalls in Erfüllung der durch die AV d. JM vom 28. Oktober 2020 (4100 - III. 210) i.d. jeweils aktuellen Fassung angeordneten Verpflichtungen mitzuteilenden Angaben in derselben Angelegenheit einem bereits bestehenden Verwaltungsvorgang zuordnen zu können.

Die Daten werden darüber hinaus ausschließlich zu folgenden Zwecken verwendet:

- Verwaltung der zuweisungsberechtigten gemeinnützigen Einrichtungen,
- Abwicklung der Zuweisung von Geldauflagen durch ein Gericht, eine Staatsanwaltschaft oder eine Gnadenstelle,
- statistische Auswertungen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 Buchstaben a), c) und e) der Datenschutz-Grundverordnung.

4. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden in unserem elektronischen Registratursystem gespeichert. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

Der Zugriff innerhalb der Justiz Nordrhein-Westfalen ist nur einem berechtigten Mitarbeiterkreis möglich und auch nur auf die Daten, die zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe notwendig sind.

5. Unter welchen Voraussetzungen können wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Ist eine andere Behörde oder ein Gericht für die Bearbeitung Ihres Anliegens zuständig, so geben wir Ihre Eingabe dorthin ab. Die unter Ziff. 2 genannten personenbezogenen Daten bleiben auch in diesem Fall in unserem Registratursystem gespeichert, um die Abgabe nachvollziehen zu können. Über die Abgabe werden wir Sie informieren.

Außerdem müssen Sie davon ausgehen, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften fortlaufend über die Höhe der zugewiesenen Beträge unterrichtet werden. Ferner ist damit zu rechnen, dass Aufstellungen, aus denen alle registrierten gemeinnützigen Einrichtungen und die jeweils zugewiesenen Beträge ersichtlich sind, regelmäßig veröffentlicht werden. Ungeachtet dieser Veröffentlichungen können insbesondere der Landtag oder der Landesrechnungshof Auskünfte über die Höhe der jeweils zugewiesenen Beträge erhalten. Auf Anfrage werden auch der Presse oder Forschungseinrichtungen entsprechende Auskünfte erteilt werden.

Begründet Ihre Eingabe den Verdacht einer strafbaren Handlung (z.B. wenn der Text eine Beleidigung enthält), können wir die Strafverfolgungsbehörden hierüber informieren.

Bei der Bearbeitung Ihres Anliegens arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag technisch verarbeiten. An diese werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, übermittelt.

Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist (s. hierzu Ziffer 6) sind die Verwaltungsvorgänge nach dem Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen dem Landesarchiv anzubieten. Hierzu werden dem Landesarchiv Listen mit einer stichwortartigen Bezeichnung der Vorgänge übersandt. In diesen Listen können ggfs. auch Ihre Daten enthalten sein. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 und Abs. 2 des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen.

6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Ihre Daten werden grundsätzlich solange gespeichert, wie die Eintragung in der zentralen Datenbank der gemeinnützigen Einrichtungen mit Ihrem Einverständnis fortbesteht sowie diese hiernach ggfs. zur Vorgangsverwaltung benötigt werden. Spätestens fünf Jahre nach Weglegung des Vorgangs erfolgt eine Löschung sämtlicher Daten.

7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus Artikel 12, 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

• Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Das Auskunftsrecht wird eventuell durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten oder andere entgegenstehende Rechte beschränkt. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

• Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

• Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, insbesondere dann, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (vgl. oben Ziff. 3.). Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

- **Recht auf Widerspruch**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit**

Soweit die Datenverarbeitung ausnahmsweise nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt oder für die Wahrnehmung einer uns übertragenen Aufgabe erforderlich ist, haben Sie das Recht, dass wir Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen, wenn die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

- **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Die für den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI). Sie erreichen die LDI wie folgt:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de